

**Dokument 37****Programm der KPD – Entwurf****(Februar 1968)<sup>1</sup>**

Ein tiefes Unbehagen breitet sich in unserem Lande aus. Vielen Bürgern erscheint die Gegenwart unsicher, die Zukunft ungewiß. Arbeiter und Angestellte, Angehörige aller werktätigen Schichten, vor allem unserer arbeitenden und studierenden Jugend, beginnen, an einem System zu zweifeln, in dem das Profit- und Machtstreben einiger Weniger das Maß aller Dinge, Richter über Leben und Tod des Volkes ist.

Die Reaktion hat sich zum Angriff gegen das Volk formiert, immer drohender wird die Gefahr des Neonazismus. Aber es wächst auch die Kampfbereitschaft gegen das herrschende System der Ungerechtigkeit und der Friedensbedrohung. In vielen Aktionen und Bewegungen wehren sich Menschen aus allen Schichten des Volkes gegen die politische und soziale Reaktion, wird das Verlangen nach demokratischen Veränderungen in unserem Lande sichtbar.

Die Kommunistische Partei Deutschlands will ihren Beitrag leisten, damit das Volk der Bundesrepublik einen Weg findet, der zu Frieden und Wohlstand, zu einer gesicherten Zukunft führt. Wir legen unser Programm in dem Bestreben vor, Antwort zu geben auf die Fragen des arbeitenden Volkes, auf die Probleme unserer Zeit.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die sozialistische und demokratische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der Bundesrepublik. Als die Partei, die im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur die größten Opfer brachte und deren Wirken für einen demokratischen Neubeginn nach 1945 unbestritten ist, lebt und kämpft sie in diesem Lande und gestaltet ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes. Ihr gesamtes Wirken dient dem Wohl der arbeitenden Menschen. Sie teilt ihre Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft, auf ein freies und menschenwürdiges Leben, auf eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung unseres Landes.

## **I. Wo steht die Bundesrepublik – wohin treibt sie?**

Die Reichen werden immer reicher, die Industrie- und Bankkonzerne immer größer und mächtiger – die Arbeitsplätze für die Werktätigen aber sind nicht gesichert. Über Jahre schwer erkämpfte soziale Leistungen werden abgebaut. Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und kleine Unternehmer müssen um ihre Existenz bangen.

Nutznießler der großen Leistungen, des Talents und des Fleißes der Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter ist die kleine Schicht der Großkapitalisten. Die wissenschaftlich-technische Revolution könnte unserem Volk ungeahnte Möglichkeiten für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand eröffnen. Die Großindustriellen aber mißbrauchen die wissenschaftlich-technische Entwicklung für ihre eigenständigen Profit- und Machtinteressen. Für die dringenden Anliegen von Wissenschaft und Bildung, für eine zeitgemäße Strukturpolitik fehlt es angeblich an den notwendigen finanziellen Mitteln. Doch die Ausgaben für eine sinnlose und lebensgefährdende Rüstung steigen weiter.

Die demokratischen Rechte des Volkes werden mehr und mehr eingeschränkt, das Grundgesetz wird ausgehöhlt. Wer nicht willens ist, sich der Politik und der geistigen Bevormundung durch die herrschenden Kräfte zu unterwerfen, wird verleumdet und verfolgt. Indes zieht die Seuche des Neonazismus durch das Land. Nicht ohne Erfolg versuchen die Neonazis, die wachsende Mißstimmung im Volk für ihre verderbliche Politik auszunutzen.

Der Frieden für unser Volk ist nicht gesichert, er ist wieder in erster Gefahr. Zwar bedroht uns niemand von außerhalb unserer Grenzen, aber Großkapital und Militaristen der Bundesrepublik wollen sich mit den Ergebnissen der Niederlage in dem von ihnen verschuldeten zweiten Weltkrieg nicht abfinden. Sie und ihre Parteien wollen wieder über ganz Deutschland herrschen und stellen territoriale Ansprüche an andere europäische Staaten. Sie verbünden sich mit jeder reaktionären Regierung in der Welt. In Vietnam, überall helfen sie den Imperialisten der USA in ihrem Feldzug gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

Die Spaltung Deutschlands ist in mehr als 20 Jahren immer tiefer geworden. Die Feindschaft der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegen die Deutsche Demokratische Republik hat das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten auf einen Tiefpunkt gebracht. Der

Alleinvertretungsanspruch Bonns verhindert jeden Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen, zu einem friedlichen Neben- und Miteinander der beiden deutschen Staaten.

Die Widersprüche des vom Monopolkapital beherrschten Gesellschaftssystems treten schärfer hervor. Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre hatte vielen Bürgern den Blick für die Gebrechen und die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems getrübt. Jetzt blättert die Schminke der „Wohlstandsgesellschaft“ ab. Die Illusionen von der „Sozialpartnerschaft“ schwinden. Kapital, Militarismus und Neonazismus zeigen offener ihr Gesicht.

Mußte das alles so kommen? Haben die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Handwerker, die Gewerbetreibenden dafür in den vergangenen Jahren so schwer gearbeitet? Viele Menschen verstehen heute besser, was wir Kommunisten stets gesagt haben: Das Grundübel ist, daß nicht die Millionen Werktätigen, sondern wenige Millionäre die Geschicke unseres Landes bestimmen.

*Der Feind der Demokratie, des Friedens und des sozialen Fortschritts steht rechts, der Feind des Volkes steht im eigenen Land.*

Wir stehen vor der Entscheidung: Wird die Bundesrepublik ein Land des gesellschaftlichen Rückschritts, sozialer Unsicherheit, wirtschaftlicher Krisen, ein Zentrum des Neonazismus und eine Quelle der Friedensbedrohung bleiben? Oder werden wir endlich die Interessen und den Willen des arbeitenden und friedliebenden Volkes durchsetzen und die Bundesrepublik auf einen Weg des Friedens, des gesellschaftlichen Fortschritts und der Völkerverständigung führen?

Wir Kommunisten sind der Überzeugung:

*Die Reaktion kann geschlagen, eine neue Katastrophe für unser Land kann verhindert werden.*

Wenn sich alle Sozialisten und Demokraten zum gemeinsamen Handeln vereinen, dann wird die Bundesrepublik den Weg zu Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt finden und Anschluß gewinnen an die großen gesellschaftlichen Veränderungen unseres Jahrhunderts.

*Das Gesicht der Erde hat sich gewandelt*

In weniger als einem Menschenalter, in den fünf Jahrzehnten seit der Großen Oktoberrevolution in Rußland hat sich die Welt von Grund auf verändert. Wir leben in einem großen geschichtlichen Prozeß des

Übergangs aus der alten Welt des Kapitalismus in die neue Welt des Sozialismus. Zu Beginn unseres Jahrhunderts beherrschte der Kapitalismus die ganze Welt, die Arbeiterklasse war überall die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Heute herrschen die Arbeiter und die Werktätigen auf einem großen Teil der Erde. Jeder zweite Europäer lebt in einem sozialistischen Land.

*Auch in Deutschland, im Geburtsland der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, hat der Sozialismus seinen Einzug gehalten.*

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Die Arbeiterklasse bewies, daß sie im Bunde mit den anderen Werktätigen Staat und Wirtschaft leiten kann, daß es ohne Kapitalisten besser geht.

Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts hielten einige wenige imperialistische Großmächte die Länder Asiens, Afrika und Lateinamerikas in kolonialer und halbkolonialer Unterjochung. Heute hat der Imperialismus seine Herrschaft über die Mehrheit der Menschheit verloren. Sein Kolonialsystem ist zerfallen, mehr als 70 ehemals koloniale oder abhängige Länder haben ihre politische Unabhängigkeit errungen. Viele Millionen Werktätige in Asien, Afrika und Lateinamerika kämpfen für ihre endgültige nationale und soziale Befreiung.

Diese Veränderungen haben das imperialistische System in eine tiefe, alle Bereiche des sozialistischen Lebens erfassende Krise geführt. Das sozialistische Weltsystem, die gegen den Imperialismus kämpfenden Kräfte bestimmen immer mehr die Richtung der Menschheitsentwicklung.

### *Die geschichtliche Chance des deutschen Volkes*

1945, nach der Zerschlagung der Nazidiktatur durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition, hatte das ganze deutsche Volk eine große geschichtlich Chance. Die Antifaschisten und Demokraten in allen Teilen Deutschlands, ja viele Menschen, die in der Vergangenheit dem Nazismus folgten, waren sich einig in dem Willen, Nazismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu vernichten, mit der Macht der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer für immer Schluß zu machen und eine demokratische Erneuerung Deutschlands zu vollziehen. Die Katastrophe der Nazidiktatur und des Krieges hatte

sichtbar gemacht, daß die imperialistische deutsche Großbourgeoisie der Todfeind unseres Volkes ist.

Die deutschen Kommunisten unterbreiteten damals dem Volk ein reales Programm zur Überwindung des Nazismus und zur Sicherung eines friedlichen, demokratischen, fortschrittlichen Lebens.

Was wäre das ganze Deutschland heute, wenn wir auch im Westen Deutschlands jene von der Wirtschafts- und Staatsführung entfernt hätten, die immer an der Rüstung verdienen und die in zwei Weltkriegen unsagbares Leid über unser eigenes Volk und die ganze Menschheit gebracht haben, wenn wir verhindert hätten, daß sie ihre Herrschaft über die Bundesrepublik aufrichteten?

Es gäbe weder Wirtschaftskrisen noch Arbeitslosigkeit, weder Notstandsgesetze noch Neonazismus. Wir hätten den mörderischen Teufelskreis von Krise, Wetttrüsten und Krieg, in dem das Großkapital das Volk gefangen hält, für immer durchbrochen. Es gäbe weder die Spaltung Deutschlands noch die Gefahr, daß von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgeht. Ganz Deutschland wäre ein friedliches, blühendes Land, zum Segen seiner Bürger, geachtet von den Völkern der Welt.

### *Das deutsche Großkapital spaltete Deutschland*

Entschlossen, ihre wirtschaftliche und politische Macht wenigstens in einem Teil Deutschlands zu behaupten, verbündete sich die Reaktion mit dem amerikanischen Monopolkapital gegen das eigene Volk und unterordnete sich dem USA-Imperialismus. Gemeinsam verhinderten sie eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und die Durchführung des Potsdamer Abkommens in den damaligen westlichen Besatzungszonen. Die deutschen Großkapitalisten und ihre Partei, die CDU/CSU, restaurierten im westlichen Teil Deutschlands die alten Besitz- und Machtverhältnisse. Gemeinsam mit den imperialistischen Westmächten spalteten sie Deutschland. Von Anbeginn war es ihr Ziel, Westdeutschland zu einer antikommunistischen Bastion im Herzen Europas auszubauen und als Speerspitze gegen den Sozialismus zu mißbrauchen.

Der Weg von der Bildung der Bi- und der Trizone über die Zerstörung der deutschen Währungs- und Wirtschaftseinheit, die Bildung der Bundesrepublik, ihre Eingliederung in die NATO und ihre Unterwerfung unter die Pariser Verträge, die Wiederaufrüstung bis hin zum Griff nach Atomwaffen – das ist die Geschichte der Spaltung und ihrer ständigen

Vertiefung durch das in der Bundesrepublik herrschende Industrie- und Bankkapital und seine Partei, die CDU/CSU.

Die Arbeiterklasse, die Antifaschisten und Demokraten Westdeutschlands konnten diesen verhängnisvollen Weg nicht verhindern, weil sie nicht die Einheit fanden, weil die Führung der SPD nicht die Lebensinteressen des Volkes vertrat. Verstrickt im Antikommunismus und alle Lehren der Geschichte mißachtend, unterstützte sie die Reaktion in jeder Phase dieser Entwicklung.

*So haben die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden und fortschrittlichen Deutschlands verhindert und Deutschland für eine voraussichtlich lange Zeit gespalten.*

### *Der sozialistische deutsche Staat*

Im Osten Deutschlands wurde in die Tat umgesetzt, was nach 1945 die Arbeiter und alle antifaschistischen Kräfte in ganz Deutschland erstrebten. Die Kriegsschuldigen wurden entmachtet, das Programm der demokratischen Erneuerung wurde verwirklicht. Das entsprach den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, von denen sich die sowjetische Besatzungsmacht konsequent leiten ließ. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung konnte mit Erfolg durchgeführt werden, weil die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden wurde, weil sich KPD und SPD zur geeinten marxistischen Arbeiterpartei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zusammenschlossen und weil alle antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammenarbeiten. Nachdem die Spaltung durch die Bildung der Bundesrepublik vollzogen war, wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Es entwickelte sich der sozialistische deutsche Staat, in dem die Arbeiterklasse im Bunde mit allen werktätigen Schichten des Volkes die Macht ausübt.

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Fabriken und Forschungsstätten Eigentum des Volkes sind, der Boden denen gehört, die ihn bebauen, werden die großen Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht. Deutsche Arbeiter und Bauern, deutsche Wissenschaftler, Handwerker und Gewerbetreibende haben in enger Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern die DDR zu einem in der Welt geachteten, modernen Industriestaat entwickelt.

Die sozialistische DDR gewährt allen Werktätigen die Sicherheit des Arbeitsplatzes, eine stete Erhöhung des Lebensstandards, uneingeschränkte Möglichkeiten der Bildung und Qualifizierung, des Aufstiegs im beruflichen Leben. Die sozialistische Demokratie bietet den Bürgern alle Voraussetzungen, in ihrem Staat mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren. Die Menschen gelangen zu wirklicher Freiheit, zur Entfaltung ihrer Persönlichkeiten. Ihr Leben erhält einen neuen Sinn.

*Mit der Gründung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik ist die Position des deutschen Imperialismus entscheidend geschwächt worden.*

Damit hat sich das Kräfteverhältnis in Deutschland grundlegend zugunsten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes verändert. So sind auch wesentlich günstigere Bedingungen für den Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit in der Bundesrepublik entstanden.

Alle Erfahrungen beweisen:

*Feindschaft gegen die Deutsche Demokratische Republik nützt nur den Arbeiterfeinden im eigenen Land, dem Großkapital, den Militaristen und Neonazis, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik sind ein Lebensinteresse für die Arbeiter und das ganze werktätige Volk der Bundesrepublik in ihrem eigenen Streben nach einer friedlichen und fortschrittlichen Entwicklung. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Bollwerk gegen den Neonazismus und Militarismus; ihre Verteidigung ist daher auch die Aufgabe der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik.*

#### *Die abenteuerliche Bonner Großmachtpolitik*

Das Großkapital sah und sieht in der Deutschen Demokratischen Republik jene entscheidende Barriere, die es beseitigen will, um seine Herrschaft wieder über ganz Deutschland auszudehnen. Diesmal gestützt auf das Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus, soll Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg genommen werden. Das war und ist der Kern der Politik aller bisherigen Regierungen der Bundesrepublik. Deswegen kann unser eigenes Volk, können die Völker Europas noch immer nicht in Frieden und Sicherheit leben.

Es ist eine ebenso aussichtslose wie selbstmörderische Politik:

*Aussichtslos*, weil der Widerspruch zwischen den wahnwitzigen Großmachtplänen des deutschen Monopolkapitals einerseits und der Unmöglichkeit, diese Pläne zu verwirklichen, noch nie so groß war wie heute.

*Selbstmörderisch*, weil dieser Kurs zur Vernichtung der Bundesrepublik führt; denn das Kräfteverhältnis in Europa hat sich entscheidend zugunsten der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Verbündeten verändert, und auch kein westeuropäisches Land will sich für eine westdeutsche Großmachtspolitik opfern.

An diesen Realitäten, an der Macht der Sowjetunion, an der Stabilität der DDR, sind die Regierungen Adenauer und Erhard gescheitert. Das ist die wichtigste Ursache der Krise der westdeutschen Nachkriegspolitik.

Nachdem die Wiederherstellung der großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse vollzogen war und die Großbourgeoisie der Bundesrepublik ihre ökonomischen und militärischen Positionen in Westeuropa und in der NATO ausgebaut hatte, fand Mitte der sechziger Jahre die Nachkriegsperiode ihren Abschluß. An ihrem Ende standen das offensichtliche Scheitern der gegen die DDR gerichteten Annexionspläne, schwere wirtschaftliche Erschütterungen, eine Krise der Staatsfinanzen, eine Vertiefung der inneren und äußeren Widersprüche des Systems.

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden und ihre Positionen zu sichern, leiteten die herrschenden Kräfte eine neue Etappe ihrer Politik ein. Sozialdemokratische Führer wurden in die Regierung aufgenommen, um eine breite Basis für die Fortsetzung des alten expansiven Kurses zu gewinnen. Alle ökonomischen, politischen, diplomatischen und militärischen Kräfte und Mittel unseres Landes werden für die Zurückdrängung des Sozialismus, für den verschärften Konkurrenzkampf mit den anderen kapitalistischen Industriestaaten, für die Großmachtziele des Monopolkapitals mobilisiert.

Die regierenden Kreise der Bundesrepublik fügen sich in die weltweite imperialistische Strategie der USA ein, um den amerikanischen Imperialismus und die anderen NATO-Verbündeten enger an ihre eigenen Revancheziele zu binden. Sie nutzen ihre Wirtschaftskraft, um eine Vormachtstellung in Westeuropa zu erlangen. Sie verstärken die Rüstung, drängen nach Atomwaffen und nach weiteren Kommandopositionen in der NATO. Die Erfolge der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten sowie der

Kampf der Friedenskräfte in der Bundesrepublik haben die regierenden Kreise gezwungen, die Formen und Methoden ihrer Außenpolitik zu ändern. Sie wollen ihre Expansionspolitik verschleiern und machen jetzt unter dem Schlagwort einer neuen Ostpolitik den aussichtslosen Versuch, die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen, sie mit den Mitteln einer psychologischen Kriegsführung zu unterminieren und die DDR von ihren Verbündeten zu trennen. Die friedlichen Interessen unserer Bevölkerung erfordern, daß dieser gefährliche Versuch aufgegeben und eine grundsätzliche Änderung der Politik erkämpft wird.

Im Inneren konzentrieren sie die Produktion in Superkonzernen und nutzen die großen wissenschaftlich-technischen Neuerungen für ihre eigensüchtigen Zwecke. Sie monopolisieren die Meinungsbildung und züchten wieder den Nationalismus und Antikommunismus. Sie organisieren eine innere Staatsreform, um ihren Machtapparat zu straffen und ihn noch wirksamer zur Unterdrückung des Volkes einzusetzen.

Das arbeitende Volk der Bundesrepublik soll dafür durch noch härtere Arbeit und durch Konsumverzicht die Mittel aufbringen. So bewahrt sich wieder die Lehre der Geschichte: Der Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten und der Abbau der demokratischen Rechte sind die innere Voraussetzung für Großmacht- und Expansionspolitik nach außen.

#### *Parteien handeln gegen das Volk*

Das Besitzbürgertum schuf sich 1945 – nach der Zerschlagung seiner damaligen Partei, der NSDAP – in der CDU, in der CSU und in der FDP neue politische Parteien zur Vertretung seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen und Ziele.

Um breite Massen der städtischen Mittelschichten, der Bauern und selbst zahlreiche Arbeiter um diese Parteien zu sammeln, gab man ihnen soziale, demokratische und christliche Firmenzeichen. In dem Maße aber, wie das Industrie- und Bankkapital seine Macht wiedererrichtet und es den neuen Parteien der Reaktion gelang, einen Masseneinfluß zu gewinnen, wurden die demokratischen und liberalen Kräfte in diesen Parteien zurückgedrängt. Immer rücksichtsloser vertrat vor allem die CDU/CSU, die führende Partei der Großunternehmer, ihr sozialreaktionäres, demokratiefeindliches und militaristisches Programm.

Die Erfolge dieser Partei wurden durch die Politik der rechten Füh-

rer der SPD erleichtert. Sie mißbrauchen ihren großen Einfluß unter den Werktätigen und halfen der Reaktion, viele Bürger durch Antikommunismus und Feindseligkeit gegen die DDR zu verwirren und die Illusion zu nähren, die Bundesrepublik sei ein Staat der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Mit dem Bankrott ihrer Politik geriet die CDU/CSU in eine politische Krise, die zur Absetzung des damaligen Bundeskanzlers Erhard führte. In dieser Situation war die Chance für eine Wende in der Politik gegeben. Aber die Führer der SPD waren nicht bereit, den Parteien des Großkapitals den Kampf anzusagen und den Gewerkschaftern zu helfen, die Angriffe auf die Arbeiterschaft abzuwehren. Statt dessen gingen sie die Große Koalition mit der CDU/CSU ein. Gemeinsam wälzten CDU- und SPD-Minister die Folgen der Krise auf das werktätige Volk ab. Gemeinsam verschärfen sie den Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik, streben sie nach der völkerrechtlichen Einverleibung Westberlins in die Bundesrepublik, nach einer Veränderung der in Europa bestehenden Grenzen und unterstützen den verbrecherischen Krieg des amerikanischen Imperialismus gegen das vietnamesische Volk.

Das Verbot der KPD erleichterte den Führern der SPD diesen Kurs. Denn damit gab es keine legale Partei der Arbeiterklasse, die dem Volk in breiter Öffentlichkeit ihre Alternative unterbreiten konnte. Die Politik der Führer der SPD seit 1945 und die Tätigkeit von SPD-Ministern in der Regierung der Großen Koalition<sup>2</sup> beweisen, daß sie die Traditionen und Ziele der Arbeiterklasse, die Interessen ihrer eigenen Mitglieder und Anhänger preisgegeben und sich vom arbeitenden Volk und von den friedlichen Kräften getrennt haben.

Keine der Bonner Parteien vertritt die Interessen der Arbeiterschaft und des Volkes. Auf dem Nährboden ihrer Politik und des offiziellen Antikommunismus wucherten alle nationalistischen und neonazistischen Strömungen. Die NPD wurde zum Nutznießer der Regierungspolitik. Sie ist die nur wenig getarnte direkte Nachfolgerin der Hitlerpartei, eine wachsende Gefahr für die Arbeiter und das ganze Volk der Bundesrepublik.<sup>3</sup>

Die NPD nutzt den Bankrott der offiziellen sogenannten Deutschlandpolitik aus. Sie versucht mitzuernten, was die CDU/CSU-Politiker und die Führer der SPD mit ihrer chauvinistischen Propaganda in den vergangenen Jahren gesät haben. Die nationalistischen und revanchistischen Forderungen der NPD unterscheiden sich von denen der CDU/

CSU nur durch ihre größere Offenheit. Die neonazistische NPD versucht auch mit sozialer Demagogie die verschiedenen Schichten der Bevölkerung und besonders junge Menschen in ihren Bann zu ziehen. Wie die Hitlerpartei verspricht sie jedem alles. Mit großen Geldmitteln wird sie von kapitalistischen Kreisen finanziert, die sich damit, ebenso wie in der Weimarer Republik, eine extreme Rechtspartei als politische Reserve schaffen.

*Nur der Zusammenschluß der Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, der Jugend und der Intelligenz, aller Demokraten und Antifaschisten kann dieser gefährlichen Entwicklung rechtzeitig Einhalt gebieten.*

### *Das Großkapital beherrscht Gesellschaft und Staat*

Die Wurzel aller Übel in der Bundesrepublik liegt im monopolkapitalistischen System. Eine unüberbrückbare Kluft trennt die kleine Schicht der Millionäre, die den Reichtum monopolisieren, von den Millionen des arbeitenden Volkes, die alle Werte schaffen. In den Jahren der Konjunktur wurde nichts unversucht gelassen, um den Werktätigen einzureden, den Kapitalismus gäbe es nicht mehr, er habe sich zu einer neuen Wirtschaftsordnung gewandelt. An die Stelle des Klassenkampfes sei die „Sozialpartnerschaft“ getreten, der Marxismus habe den Arbeitern der Bundesrepublik nichts mehr zu sagen. Heute überzeugen sich die Arbeiter und Angestellten, daß der Kapitalismus in unserem Land alles andere als überwunden ist.

Alle wichtigen Mittel der Produktion, die großen Werke, Fabriken und Laboratorien, Handelsunternehmen, Banken und Versicherungen sind in der Hand einiger weniger Industriekonzerne und Großbanken. Die Wirtschaftsimperien von Abs, Flick, Thyssen, Krupp, Siemens, der IG-Farben-Nachfolger, Haniel, Klöckner, Quandt, Springer und amerikanische Großfirmen beherrschen die wichtigen Industriezweige, das Finanz- und Kreditwesen, die Wirtschaft unseres Landes.

*Dieses Wirtschaftssystem ist keine klassenlose Industriegesellschaft, in ihm regiert das nackte Profit- und Klasseninteresse des Großkapitals.*

Die große Mehrheit des Volkes – mit ihren Familienangehörigen mehr als vier Fünftel der Bevölkerung – lebt von abhängiger, unselbständiger Erwerbstätigkeit. Sie ist ausgeschlossen von jedem Produktiv-

vermögen und gezwungen, ihre Arbeitskraft an die kapitalistischen Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen.

Nach der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Industrie- und Bankherren vollzog sich eine rasche Konzentration der Produktion und des Kapitals, eine beispiellose Zusammenballung des Reichtums auf seiten der großen Kapitaleigentümer. Der hohe Stand der Vergesellschaftung der Produktion, die Notwendigkeit, enorme Mittel für Investitionen und für die wissenschaftlich-technische Entwicklung aufzuwenden, führten dazu, daß der Staat immer unmittelbarer in das Wirtschaftsleben eingriff. Heute fließt etwa ein Drittel des Nationaleinkommens in die Kassen des Staates und wird von ihm im Interesse der Millionäre umverteilt. Der Staat selbst wurde zum größten kapitalistischen Finanzier, zu einem entscheidenden Faktor der monopolistischen Wirtschaft.

*So gelangte der für die Gesellschaftsordnung unseres Landes kennzeichnende staatsmonopolistische Kapitalismus zur vollen Entwicklung. Der staatsmonopolistische Kapitalismus vereint die Macht der privaten großkapitalistischen Konzerne mit der Macht des Staates zu einem Gesamtapparat im Interesse des Profits, der Macht und der Expansion des Monopolkapitals.*

Tiefer denn je ist in der Bundesrepublik der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung. Dieser Widerspruch wird durch die wissenschaftlich-technische Umwälzung außerordentlich verschärft. Davon zeugen die Strukturkrisen im Bergbau, in der Stahl- und Textilindustrie, die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, die Differenz zwischen steigender Produktion und mangelnder Kaufkraft des Volkes, die Folgen der Automatisierung, durch die viele Arbeiter und Angestellte, vor allem der älteren Generation, ihren Arbeitsplatz verlieren.

Eine steigende Zahl kleiner und mittlerer Bauernwirtschaften, von Handwerksbetrieben, kleinen Unternehmen und Einzelhandelsgeschäften muß der übermächtigen Konkurrenz der Großunternehmen weichen. Zehntausende formell selbständige Unternehmen sind als Zulieferer oder Verkaufsgenturen von den Konzernen abhängig.

Die Entwicklung der Produktion und die wissenschaftlich-technische Revolution haben die Tendenzen zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens verstärkt und zu zwischenstaatlichen Zusammen-

schlüssen der Monopole, wie die EWG, geführt. Die westdeutschen Industriekapitäne suchen dabei eine Vormachtstellung in Westeuropa zu erlangen und die EWG auch für ihre politischen und militärischen Ziele auszunutzen. Die EWG hat den Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten nicht gemindert, sondern noch verschärft.

Diesen Konkurrenzkampf tragen die Monopole auf dem Rücken der Werktätigen aus. In den Betrieben wachsen Antreiberei und Ausbeutertum. Auf Kosten des Lebensstandards und der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten sichern sich die Konzernherren höchsten Profit, finanzieren sie jene Politik der Rüstung und Expansion, mit der sie glauben, die inneren und äußeren Widersprüche ihres Systems überwinden zu können.

*Das in unserem Lande herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, der staatsmonopolistische Kapitalismus, hat sich als unfähig erwiesen, dem arbeitenden Volk dauerhafte soziale Sicherheit und das elementare Menschenrecht auf Arbeit zu gewährleisten.*

Die politische Macht in der Bundesrepublik ist in den Händen der reaktionären, aggressiven Gruppen des Monopolkapitals. Unmittelbar oder durch ihre Beauftragten in den Parteien und Bundestagsfraktionen, durch die Unternehmerverbände, durch die Kontrolle über die Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung beherrschen sie Staat und Gesellschaft.

Die demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes wurden von Anfang an mißachtet. Wo immer die Verfassung dem reaktionären Kurs entgegenstand, wurde sie beiseitegeschoben oder ausgehöhlt. Mit der Notstandsverfassung und den übrigen Notstandsgesetzen will die Regierung sich nun Diktaturvollmachten aneignen, um das Grundgesetz, wann immer sie es für zweckmäßig hält, außer Kraft zu setzen.

Die Aushöhlung der Volksrechte ist begleitet von der Krise des Parlaments. In den entscheidenden Bundestagsausschüssen bestimmen die Konzernvertreter und ihr Anhang. Die Spitzenverbände der Industrie und der Banken lassen über die Ministerialbürokratie und die Fraktionsvorstände die ihnen genehmen Gesetzesvorlagen im Parlament beschließen. So tritt an die Stelle der verfassungsmäßigen parlamentarischen Ordnung und der Gewaltenteilung die Allgewalt des vom großkapitalistischen Interesse beherrschten Staatsapparats.

*Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus drängt zu reaktionären, autoritären Herrschaftsformen, es ist durch und durch demokratiefeindlich.*

Dieses System unterwirft das geistige Leben, Schule, Presse und öffentliche Meinungsbildung seinen Herrschaftsinteressen. Es verschärft seinen Kampf gegen Geistesfreiheit und Humanismus, gegen die kulturellen Bestrebungen des Volkes und der demokratischen Intelligenz. Die großen Verlage, die Filmgesellschaften, die Vergnügungsindustrie gehören einigen wenigen Großunternehmern. Ein bedeutender Teil der Presse wird von dem ultrareaktionären Springer-Konzern beherrscht.

Wie unter Hitler ist der Antikommunismus – diese Grundtorheit unserer Epoche – das entscheidene ideologische Mittel, um die sozialistischen Kräfte zu verketzern, die Menschen irrezuleiten und für kriegerische Abenteuer reif zu machen.

Den Kindern des arbeitenden Volkes wird die Gleichheit der Bildungschancen verweigert. Der Bildungsnotstand ist vom Mangel an Lehrern, an Schulräumen, an modernen Lehrmitteln und Einrichtungen ebenso bedingt, wie von antihumanistischen, demokratiefeindlichen Ideen im Unterricht und in der Ausbildung. Der heranwachsenden Generation wird ein verzerrtes Bild der Geschichte und der spätkapitalistischen Gesellschaft vermittelt.

In einer Zeit, da über die Zukunft unseres Landes weitgehend in den Schulen, Hörsälen und Forschungsstätten entschieden wird, droht die Bundesrepublik in Volksbildung und friedlicher Forschung, im Gesundheitswesen und in der Pflege der Künste ein unterentwickeltes Land zu werden.

*Die Herrschaft des Großkapitals, das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, ist auf allen Gebieten des Lebens zum Hindernis der Entwicklung unseres Landes geworden.*

Die erbarmungslose Ausbeutung des arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Betrieben; die Fesselung seiner Persönlichkeit und Talente durch das Bildungsprivileg der Reichen; die durch die Profitwirtschaft bedingte Unmoral des „Jeder ist sich selbst der Nächste“, die jedem Gefühl menschlicher Gemeinschaft und Nächstenliebe Hohn spricht – stempelt den Kapitalismus zu einer unmenschlichen, geschichtlich überlebten Gesellschaftsordnung.

Die Widersprüche und Schwierigkeiten in der Wirtschaft unseres Landes sind im Rahmen des Kapitalismus nicht zu lösen. Auch ein zeitweiliger wirtschaftlicher Aufschwung kann sie nicht beseitigen.

Zu welcher Barbarei dieses System fähig ist, das zeigte gestern der Krieg des Hitlerfaschismus, das beweist heute der Völkermord der ame-

rikanischen Imperialisten in Vietnam. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung vergeudet ungeheure Kräfte und Mittel für die Rüstung und den Krieg, für die Vernichtung von Menschen und materiellen Werten. Produktion zum Zweck der Zerstörung – das ist der Wahnsinn dieser Gesellschaft.

Der Kapitalismus ist nicht imstande, die durch die Arbeit des Volkes geschaffenen reichen Produktionsquellen vernünftig zu nutzen, die wissenschaftlich-technische Revolution in den Dienst einer friedlichen Entwicklung und des menschlichen Fortschritts zu stellen.

Die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik, der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, die Notwendigkeit staatlicher Regulierungs- und Planungsmaßnahmen, der öffentlichen Finanzierung großer Investitions- und Entwicklungsvorhaben beweisen, daß alles zur Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum, zur gesamtgesellschaftlichen Planung und Leitung der Produktionsprozesse drängt. Die materiellen Voraussetzungen für die neue sozialistische Gesellschaftsordnung bestehen.

*Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist objektiv reif für den Sozialismus.*

Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird den arbeitenden Menschen von Ausbeutung, von sozialer Unsicherheit und politischer Ohnmacht, von geistiger Entmündigung und sittlicher Entwürdigung befreien, ihn aus einem Objekt zum Gestalter seiner Geschicke machen. Im Sozialismus werden die Ursachen jeder Gewalt- und Eroberungspolitik beseitigt sein, wird das Volk ein sinnvolles Leben und eine freie menschliche Zukunft gewinnen.

Sozialismus ist politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten, ist Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, ist steter sozialer und kultureller Aufstieg.

*Der Sozialismus ist die demokratischste aller bisherigen Gesellschaftsordnungen, die Herrschaft des Volkes im Interesse des Volkes.*

## II. Für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens

Wir Kommunisten sehen unsere geschichtliche Aufgabe darin, mit der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen in der Bundesrepublik für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu wirken und sie zu erringen. Das ist ein schwerer und langwieriger Kampf. Er wird erfolgreich sein, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft und des ganzen werktätigen Volkes bereit ist, sich für eine sozialistische Bundesrepublik einzusetzen. Kein klassenbewußter Arbeiter, kein Sozialist und Revolutionär darf angesichts der großen Gefahren, die heute die demokratischen, sozialen und friedlichen Interessen des Volkes bedrohen, die Aufgaben der Gegenwart geringschätzen oder gar verkennen.

In der Überzeugung, daß Frieden und Demokratie für die Arbeiterklasse lebensnotwendig sind, erklären wir Kommunisten:

*Es ist die erste Pflicht aller Sozialisten, sich für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für soziale Sicherheit, für den Frieden einzusetzen.*

Wir wollen mit allen Demokraten, auch mit Nichtsozialisten und denen, die heute noch Gegner des Sozialismus sind, zusammenarbeiten, um gemeinsam zu verhindern, daß Notstandsdictatur und Neonazismus in unserem Lande triumphieren, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. Nur eine breite demokratische Front aus allen Schichten unseres Volkes kann der politischen und sozialen Reaktion Einhalt gebieten und ihr eine demokratische Alternative entgegenstellen.

*Die Bundesrepublik braucht Frieden und ein gutes Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik*

Der erste Weltkrieg hat dem deutschen Volk furchtbares Leid zugefügt. Der zweite Weltkrieg hat es an den Rand des Abgrunds geführt. Ein dritter Weltkrieg wäre die atomare Vernichtung. So ist die Entscheidung über Frieden oder Krieg zur Entscheidung über Sein oder Nichtsein, zur *Lebensfrage der deutschen Nation* geworden.

Die Imperialisten haben ihr Streben nicht aufgegeben, die Welt zu beherrschen, den Fortschritt des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung aufzuhalten. Der Imperialismus ist und bleibt eine stän-

dige Quelle der Aggression. Er ist zwar schwächer, aber um so abenteuerlicher geworden. Vor allem die Aggressionen des USA-Imperialismus und die Großmacht der herrschenden Kreise der Bundesrepublik erhöhen die Kriegsgefahr. Doch das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich so zugunsten des Sozialismus und der Friedenskräfte verändert, daß heute die reale Möglichkeit besteht, einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die unvermeidliche soziale und politische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht durch Krieg, sondern durch den wirtschaftlichen und kulturellen Wettstreit, durch den Kampf der Ideen ausgetragen werden kann. Dies gilt auch für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander.

Wir sind für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Kampf für friedliche Koexistenz ist Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren, ist Widerstand gegen Militarismus und Neonazismus. Friedliche Koexistenz ist nicht der soziale, politische und ideologische Burgfrieden mit den Imperialisten, ist nicht Einstellung, sondern Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und des demokratischen Volkskampfes.

*Für den Frieden und die Sicherheit unseres Landes bestehen heute günstige Möglichkeiten. An uns liegt es, sie zu nutzen.*

Kein Staat will die Bundesrepublik angreifen, niemand stellt territoriale Forderungen an sie. Die stärkste Macht in Europa, die Sowjetunion, und die mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten wollen mit uns in friedlicher Koexistenz leben. Der Frieden der Bundesrepublik ist nicht von außen, sondern von seinen Feinden im Innern bedroht.

Wer, wie alle bisherigen Regierungen der Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch erhebt, die Deutsche Demokratische Republik nicht anerkennt und sie annektieren will, wer die Revision der Oder-Neiße-Grenze fordert, wer die Revanchehetze der Neonazis und der Landsmannschaftsführer fördert, Haß und Feindschaft gegen die sozialistischen Staaten schürt und nach Atomwaffen drängt, der treibt zum Krieg, der spielt mit der atomaren Vernichtung unseres Landes.

*Für die Sicherung des Friedens und ein normales Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten braucht die Bundesrepublik eine neue Außenpolitik, die sich von den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz leiten läßt.*

Frieden und friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten

müssen sich auf die gegenseitige Anerkennung, auf gleichberechtigte staatliche Beziehungen zueinander gründen. Ihr geregeltes, friedliches Neben- und Miteinander verlangt die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und der „Hallstein-Doktrin“, die Respektierung Westberlins, das nicht zur Bundesrepublik gehört, sondern auf dem Territorium der DDR liegt, als eine besondere politische Einheit. Die Bundesrepublik sollte die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung über den gegenseitigen Gewaltverzicht, für den Verzicht auf atomare Bewaffnung in jeder Form, für den Eintritt beider deutscher Staaten in eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa aufnehmen. Nur auf diesem Wege lassen sich auch Handel, kultureller Austausch und Verkehr zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern entwickeln.

Da wir von niemanden bedroht werden, können die Rüstungsausgaben um die Hälfte gekürzt und die Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate herabgesetzt werden.

Eine wirkliche Friedenspolitik verlangt, daß die Bundeswehr zu einer Verteidigungstruppe umgestaltet, vom Ungeist der Revanche und des Nationalismus befreit und von demokratischen Führungskräften geleitet wird.

Wie kein anderer europäischer Staat brauchen wir gutnachbarliche Beziehungen nach allen Seiten, zu allen Staaten und Völkern, vor allem zur Weltmacht Sowjetunion. Die Feindschaft gegen die Sowjetunion hat sich immer gegen die eigenen Interessen des deutschen Volkes gerichtet. Ein friedliches und gutes Verhältnis zur UdSSR ist eine Lebensfrage für die Bevölkerung der Bundesrepublik.

Eine friedliche Außenpolitik erfordert die Anerkennung der im Ergebnis des Hitlerkrieges entstandenen europäischen Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zur DDR. Sie verlangt gegenüber der ČSSR die offizielle Erklärung, daß das von Hitler erpreßte Münchener Diktat von Anfang an unrechtmäßig war.

Statt der Bindung an die NATO, die die Spaltung Europas und die Vorherrschaft der USA über die westeuropäischen Länder aufrechterhält, braucht die Bundesrepublik nicht eine Europapolitik, die sich gegen die sozialistischen und andere Völker richtet, sondern den Frieden und die Sicherheit, die nationale Unabhängigkeit und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit aller europäischen Völker garantiert. Es liegt in unserem nationalen Interesse, daß die Bundesrepublik aus der

NATO austritt und sich gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten für die Auflösung der Militärblöcke und für die Bildung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems einsetzt.

Die Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk und jedes imperialistischen Anschlags gegen die Freiheit der Völker durch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik zieht den Haß der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf unser Land. Wir brauchen freundschaftliche Beziehungen zu diesen Staaten; deshalb muß die Bundesrepublik die Unterstützung imperialistischer Aggressionen aufgeben, jede als Entwicklungshilfe deklarierte neokolonialistische Politik beenden und einen echten Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung der jungen Nationalstaaten leisten.

### *Unser Volk braucht soziale Sicherheit*

Die Bundesrepublik verfügt über eine moderne hochproduktive Industrie. Bei einer Politik des Friedens und der Abrüstung, bei einer Wirtschaftspolitik, die sich nicht am Profitinteresse einer großkapitalistischen Minderheit orientiert, wäre es möglich, die Arbeitsplätze zu sichern, das sozial Erreichte zu erhalten und zu mehren, die dringendsten Aufgaben einer modernen Strukturpolitik in der Volksbildung, im Gesundheits- und Verkehrswesen, im Wohnungsbau und in der Raumordnung zu lösen.

Eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit des Volkes verlangt die Einschränkung der Profite der Großkapitalisten; die höhere Besteuerung der Gewinne und Vermögen der Konzerne und der Millionäre; eine Steuerreform zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen; die Unterbindung der Preissteigerungen; eine demokratische Finanzreform zugunsten der Gemeinden und der Länder; eine Konjunkturpolitik, die sich auf die Hebung der Massenkaufkraft gründet; die Verhinderung jeder Reprivatisierung öffentlicher Unternehmen.

Jedem Bürger unseres Landes kann und muß das *elementare Menschenrecht auf Arbeit* gesichert werden. Wenn die Milliarden, die jetzt für eine sinnlose Rüstung vergeudet werden, für sinnvollere Investitionen verwendet würden, so entstünden für jeden Arbeitsplatz der Rüstungsproduktion nahezu zwei Arbeitsplätze in der Friedenswirtschaft.

Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach *steigenden Reallöhnen*, nach einem höheren Anteil der Löhne und Gehälter

am Sozialprodukt, für den vollen Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen alle nachteiligen Auswirkungen der Automation und Rationalisierung, für die Ausweitung der Mitbestimmung.

Um den alten und arbeitsunfähigen Bürgern nach jahrzehntelanger, schwerer Arbeit einen *menschenwürdigen Lebensabend* zu ermöglichen, muß die Rentenversicherung in eine allgemeine Volksversicherung umgewandelt, die Altersgrenze bei Männern auf 60, bei Frauen auf 55 Jahre herabgesetzt werden. Auf jede über die Beitragsleistung hinausgehende Beteiligung an Krankenkosten und auf Rezeptgebühren muß verzichtet werden.

Jede Familie in unserem Land hat das *Recht auf eine menschenwürdige Wohnung* zu erschwinglichen Mietpreisen. Daher müssen der soziale Wohnungsbau gefördert, Höchstmietgrenzen festgelegt und der Kündigungsschutz der Mieter wiederhergestellt werden.

Es ist höchste Zeit, endlich die Forderungen nach *gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit für Frauen und Jugendliche*, nach gleichen beruflichen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Frau, nach einem modernen Berufsausbildungsgesetz für die Jugend zu verwirklichen.

Die Bundesrepublik braucht eine lebensfähige und hochproduktive Landwirtschaft, die in der Lage ist, die Bevölkerung mit preisgünstigen und hochwertigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Das verlangt eine Agrarpolitik, die *den Bauern eine sichere Existenz und bessere Einkommen* gewährleistet – durch garantierte Erzeugerpreise auf Kosten der überhöhten Gewinne der Großhandelskonzerne, durch billige Kredite, ermäßigte Steuern und staatliche Beihilfen. Wir unterstützen die Bestrebungen der Bauern, sich zur Abwehr des Drucks der Großbanken und der Großindustrie, zur Modernisierung ihrer Wirtschaften und zum verbesserten Absatz in bäuerlichen Gemeinschaften unter demokratischer Selbstverwaltung zusammenzuschließen. Diesen Gemeinschaften sollte der Staat wirksame Hilfe geben.

Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß die *Existenz der Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibenden* durch Steuer- und Krediterleichterungen sowie durch Förderbeihilfen sichern. Die mittelständischen Betriebe, die sich durch Genossenschaftseinrichtungen und kooperative Zusammenschlüsse gegen die übermächtige Konkurrenz der Großunternehmen zu schützen suchen, sind dabei durch staatliche Kreditgarantien zu unterstützen.

Die Bundesrepublik braucht eine Handelspolitik, die *vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen zu allen Ländern* ermöglicht. Deshalb muß die einseitige Bindung an die EWG aufgegeben werden. An ihre Stelle sollte das Streben nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit allen europäischen Ländern treten. Der Handel mit den sozialistischen Ländern und insbesondere mit der Deutschen Demokratischen Republik darf keinen Diskriminierungen unterliegen.

*Um die Beherrschung entscheidender Industriezweige durch das USA-Kapital zu durchbrechen*, sind gesetzliche Maßnahmen notwendig, vor allem eine strenge Kontrolle des bereits investierten ausländischen Kapitals, des Kapitalimports und -exports und eine Begrenzung des Gewinntransfers. Um die Stabilität der Währung zu gewährleisten, sollte die Bindung der Mark an den Dollar aufgegeben werden.

*Für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte*

Wir Kommunisten haben stets für möglichst weitgehende demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk gekämpft.

*Heute geht es darum, die Notstandsdictatur zu verhindern, für die Verteidigung und Erweiterung der im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verkündeten demokratischen Rechte zu kämpfen.*

Demokratie verlangt die Beseitigung der Vorrechte einer großkapitalistischen Minderheit, ein dem Volke dienendes und seine Befugnisse voll wahrnehmendes Parlament sowie die breite Mitwirkung der Bevölkerung im politischen Leben.

Nach dem Grundgesetz soll die Bundesrepublik ein demokratischer Friedensstaat sein. Es verbietet alle Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören und auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges gerichtet sind. Mit dieser Friedenspflicht ist die militaristische Großmachtspolitik der herrschenden Kreise unvereinbar.

Nach dem Grundgesetz soll die Bundesrepublik eine freiheitliche, demokratische Ordnung haben. Die Notstandsverfassung, die übrigen Notstandsgesetze sowie die Aushöhlung der Grundrechte stehen dazu im schroffen Widerspruch.

*Mit den Notstandsgesetzen müssen die Notstandspraktiken fallen*

Gemeinsam mit allen Demokraten fordern wir Kommunisten, daß das politische Leben von Polizeiwilkkür, Bespitzelung und Gesinnungsverfolgung befreit wird und die in der Verfassung verkündeten Grundrechte für Personen und Organisationen überall im öffentlichen Leben wiederhergestellt werden. Durch eine *politische Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbots* muß unsere Partei die volle Freiheit des Wirkens erhalten. Das wäre ein Gewinn für alle Demokraten. Es würde die politische Atmosphäre entgiften und die demokratische Diskussion der Lebensfragen unseres Volkes fördern.

Gegen die Absicht, das dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung widersprechende Mehrheitswahlrecht einzuführen, sollten sich alle Demokraten zur Wehr setzen. Ihr gemeinsames Interesse verlangt die *reine Verhältniswahl bei Chancengleichheit der Wahlbewerber*, die Beseitigung der Sperrklauseln und der staatlichen Parteienfinanzierung. Wir unterstützen die Forderung der Jugend, das Wahlalter auf 18, die Wählbarkeit auf 21 Jahre herabzusetzen.

Wir fordern die Wahrung der Menschenwürde und der Bürgerrechte der Soldaten, ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation und freie politische Betätigung in der Bundeswehr.

Das Grundgesetz verfügt das Verbot nazistischer Umtriebe sowie der völkerrechtswidrigen Verbreitung von Rassismus, Völkerhaß und Revanchismus. Angesichts der wachsenden neonazistischen Gefahr ist die unbedingte Einhaltung dieses Verbots und seiner Anwendung, insbesondere gegen die NPD, eine Forderung der demokratischen Öffentlichkeit. Die Demokratie und das Ansehen der Bundesrepublik verlangen auch, daß Verantwortliche für Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit aus den leitenden Positionen im Staats- und Verwaltungsapparat, in der Armee, der Polizei und Justiz sowie in den Organen der öffentlichen Meinungsbildung entfernt werden.

Wir wenden uns dagegen, daß unter dem Vorwand einer Reformierung und Modernisierung des Parlaments die Exekutive immer mehr Macht erhält.

*Der beherrschende Einfluß der großkapitalistischen Unternehmerverbände auf Gesetzgebung und Verwaltung muß eingeschränkt werden.*

Notwendig ist, daß die demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte gestärkt wird, die verfassungsmäßigen föderativen

Rechte der Länder gewahrt bleiben. Zeitgemäße gesamtgesellschaftliche Aufgaben sollten durch demokratische Organe gelöst werden, in denen Bund, Länder und Gemeinden gleichberechtigt vertreten sind und die Mitwirkung der demokratischen Öffentlichkeit gesichert ist.

*Das Recht auf Bildung muß verwirklicht werden*

Das deutsche Volk ist reich an humanistischen Kulturtraditionen, Wissenschaftler und Forscher, Schriftsteller und Künstler der Bundesrepublik vollbringen bedeutende Leistungen. Diese Werte in den Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts, der Völkerverständigung, einer humanistischen, weltoffenen Bildung und Kultur zu stellen, ist das Anliegen der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte.

Gemeinsam sollten sie dafür eintreten, daß der jungen Generation, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft und des Besitzes, *die gleichen Bildungschancen gesichert* werden, daß allen Bürgern der Zugang zu den geistigen und kulturellen Werten geöffnet wird. Dazu ist eine demokratische Schul- und Hochschulreform notwendig, die nach Inhalt und Struktur die Lösung der friedlichen Aufgaben im wissenschaftlich-technischen Zeitalter, die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus zum Ziele hat. Eine veränderte Schulstruktur, ausreichende Stipendien und Studienbeihilfen müssen den Kindern der Arbeiter und Bauern den Weg in die Hochschulen und Universitäten ebnen.

Es gilt, die veralteten und undemokratischen Zustände an den Hochschulen zu überwinden und den Studenten ein wirksames Mitbestimmungsrecht zu geben.

Durch moderne Schuleinrichtungen, durch die akademische Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Lehrern für alle Bildungsstufen und durch die generelle Einführung des 9. und 10. Schuljahres ist für alle jungen Menschen in Stadt und Land das Recht auf Bildung zu verwirklichen.

*Unsere Jugend soll im Geist des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, für Frieden und Völkerfreundschaft erzogen werden.*

Unterricht und Lehrmaterial müssen vom Gift des Militarismus und Nationalismus befreit werden. Die wissenschaftlich-technische Umwälzung erfordert, jede Begabung zu entwickeln, den Lehrlingen die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten ihres Berufes zu vermitteln und alle

Voraussetzungen für die heute unentbehrliche Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten zu schaffen.

Wir Kommunisten sind für die größtmögliche Förderung der humanistischen Literatur- und Kunstschaffenden und für die Verbreitung ihrer Werke im Volk.

Wir fordern die Verwirklichung des *Rechtes der Information, der Meinungs- und Geistesfreiheit*, einschließlich des Rechtes, die marxistische Theorie und unsere politischen Auffassungen in Wort und Schrift zu vertreten.

Wir wenden uns dagegen, daß vom Großkapital beherrschte Presse- und Verlagskonzerne die modernen Massenmedien für ihre reaktionären Ziele ausnutzen. Der Springer-Konzern, der seine beispiellose Macht gegen die friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes mißbraucht, muß enteignet und in öffentliches Eigentum übergeführt werden. Seine Verlage, Zeitungen und Zeitschriften sollten durch Vertreter demokratischer Organisationen, der Gewerkschaften und der Geistes-schaffenden geleistet werden. Die demokratischen Kräfte dürfen auch nicht zulassen, daß großkapitalistische Interessen immer stärkeren Einfluß auf Funk und Fernsehen ausüben. In den Leitungs- und Kontrollorganen dieser Massenmedien gehört die entscheidende Stimme den Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit, den Gewerkschaften und den Kulturschaffenden.

### *Für grundlegende demokratische Reformen*

Jede dieser elementaren sozialen und demokratischen Forderungen wird gegen den erbitterten Widerstand der Großindustrie und Großbanken erkämpft werden müssen. Immer wird das arbeitende Volk – alle Erfahrungen der Geschichte beweisen es – vor der Frage stehen: Wie können bereits errungene Rechte gegen die Angriffe der Reaktion behauptet, die Arbeitsplätze gesichert, wie kann ein beständiger sozialer und demokratischer Fortschritt erreicht werden?

Wir Kommunisten antworten darauf: Keine dieser Lebensfragen ist auf die Dauer lösbar, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen wird.

*Demokratie, Frieden und eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung können nur verwirklicht werden durch eine Veränderung der Machtverhältnisse, durch tiefgehende demokratische Reformen, durch*

*eine demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – Wirtschaft und Staat, Bildung und Kultur – erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert.*

In dem Maße, wie die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk die Macht des Großkapitals zurückdrängen und sich Einfluß in Wirtschaft und Staat erkämpfen, können die in der Verfassung verkündeten demokratischen Rechte verwirklicht, kann die Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens umgestaltet werden.

Eine solche Umgestaltung verlangt, daß das werktätige Volk das Recht auf Mitbestimmung im gesamten Wirtschaftsleben erringt; daß das Parlament zu einem Organ des Volkswillens wird; daß Verwaltungs-, Justiz und Armee demokratisiert werden; daß eine Schul- und Hochschulreform verwirklicht wird, die das Bildungsprivileg beseitigt; daß eine Sozial- und Strukturpolitik durchgesetzt wird, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zum Wohle des Volkes nutzt.

Entscheidend ist, das Großkapital an der Wurzel seiner Macht, an seiner alles beherrschenden Stellung in der Wirtschaft zu treffen. Denn Frieden und Demokratie bedürfen vor allem des Fundaments im wirtschaftlichen Leben.

*Die Arbeiter und Angestellten, Techniker und Ingenieure, ihre Gewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte brauchen das volle Mitbestimmungsrecht auf allen Ebenen der Wirtschaft.*

Wir Kommunisten sehen in der Mitbestimmung kein Mittel einer illusionären „Sozialpartnerschaft“ oder „Klassenharmonie“. Die Mitbestimmung muß vielmehr dem arbeitenden Volk dazu dienen, die Unsicherheit seiner Lage zu überwinden, den Machtmißbrauch der kapitalistischen Minderheit zu beseitigen, Wirtschaft und Gesellschaft gemäß den eigenen sozialen Interessen zu beeinflussen.

*Die Mitbestimmung muß sich erstrecken auf den Arbeitsplatz, den Betrieb, das Unternehmen und auf die überbetriebliche Ebene, besonders die staatliche Wirtschaftspolitik.*

Eine Änderung des Betriebsverfassungs- und des Personalvertretungsgesetzes ist notwendig, damit die uneingeschränkte politische und gewerkschaftliche Tätigkeit in den Betrieben und Verwaltungen garantiert wird. Wir schlagen den Ausbau der betrieblichen Vertrauensleutkörper zu gewerkschaftlichen Organen der Belegschaften vor, die in Zu-

sammenarbeit mit den Betriebsräten auf der Grundlage betrieblicher Programme für die Belange der Arbeiter und Angestellten wirken.

Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen sollte betreffen: die Sicherung der Arbeitsplätze, die Arbeitsbedingungen, Lohn- und Arbeitszeitfragen, Sozialleistungen und Urlaub, Einführung technischer Neuerungen und Umschulungen, die Festlegung der Investitionen und Gewinne, der Dividenden und Abschreibungen. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, der Techniker und Ingenieure sollten in den Vorständen und Kontrollorganen der Unternehmen Sitz und Stimme haben, die sollten berechtigt und verpflichtet sein, vor der Belegschaft Rechenschaft zu geben. Die Belegschaftsversammlungen der Konzernbetriebe sollten mit Rechten ausgestattet werden, die es ihnen ermöglichen, in allen wichtigen Fragen des Unternehmens mitzuentcheiden. Die betriebliche Mitbestimmung muß ergänzt werden durch die überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung in den staatlichen Wirtschaftsorganen.

Die wissenschaftlich-technische Umwälzung verlangt Entscheidungen, die Richtung, Umfang und Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und unseren Lebensstandard für viele Jahre bestimmen. Heute bestreitet niemand mehr die Notwendigkeit der Wirtschaftsplanung. Die Frage ist, in wessen Interesse geplant wird. Das Großkapital, das eine dem Volksinteresse dienende Wirtschaftsplanung stets als Angriff auf die Freiheit verleumdet hat, nutzt staatliche Regulierungs- und Planungsmaßnahmen zur Mehrheit seines Profits, zur Sicherung und Erweiterung seiner Macht.

*Das werktätige Volk aber braucht eine weit vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik, eine Planung, die ihm die Arbeitspläne, ein beständiges Wirtschaftswachstum und einen steigenden Lebensstandard garantiert.*

Eine solche demokratische Wirtschaftsplanung muß sich gründen auf die gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmungen des arbeitenden Volkes. Sie setzt voraus, daß die Arbeiter und Angestellten, die Techniker und Ingenieure maßgeblichen Einfluß auf die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik, auf das Finanzgebaren von Bund, Ländern und Gemeinden haben.

Eine Wirtschaftsplanung im Interesse des Volkes erfordert vor allem die *demokratische Kontrolle der gesamten staatlichen Investitionspolitik*. Heute werden Millionensummen aus dem Staatshaushalt als In-

vestitionshilfen für die Großindustrie, für die Entwicklung von Forschung und Technik zugunsten der Konzerne benutzt. Diese Mittel aus den Steuergeldern des Volkes dürfen nicht länger dazu dienen, Besitz und Macht des Industrie- und Bankkapitals zu vergrößern. Sie müssen unter demokratischer Kontrolle im Interesse des gesamten Volkes genutzt werden.

Die Hauptursache für den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, für Krisen und soziale Unsicherheit, für die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung liegt im großkapitalistischen Eigentum.

*Wenn das arbeitende Volk diese Übel beseitigen will, dann muß es dafür eintreten, daß die großen Konzerne der Schlüsselindustrien und andere marktbeherrschende Unternehmen – gemäß Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes – in ein demokratisch verwaltetes und demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum übergeführt werden.*

Das betrifft vor allem die Atomwirtschaft, die Großunternehmen der Chemie-, Erdöl-, Elektro-, Kohle- und Stahlindustrie, des Fahrzeugbaus, der Elektronik und Datenverarbeitung sowie die Großbanken und großen Versicherungskonzerne. Die wirksamste Form öffentlichen Eigentums ist die Nationalisierung. Wo es zweckmäßig erscheint, können auch andere Formen – wie die Überführung in das Eigentum der Länder und Gemeinden oder eine mehrheitliche staatliche Beteiligung – in Betracht gezogen werden. Die Eigentümer und Aktionäre sollten gemäß dem Grundgesetz entschädigt werden.

Das Profitinteresse an der Rüstung ist eine der wichtigsten Ursachen der militärischen Machtpolitik und damit der Kriegsgefahr. Sache der Gewerkschaften und aller friedliebenden Kräfte ist es, die völlige Ausschaltung des privaten Profitinteresses auf die Konzerne anzustreben, die hauptsächlich für die Rüstung produzieren; ihre Nationalisierung ist vordringlich. Um die Abhängigkeit entscheidender Bereiche der Wirtschaft vom Großkapital der USA zu beenden, ist die Nationalisierung der amerikanischen Konzernunternehmen in der Bundesrepublik notwendig.

An der demokratischen Leitung und Verwaltung des staatlichen und öffentlichen Sektors der Wirtschaft sollten neben den Vertretern der Parlamente und Gewerkschaften auch Wissenschaft und Forschung, Handel, Handwerk und Gewerbe beteiligt sein. Die nationalisierten und anderen öffentlichen Unternehmen müßten zu Pionieren des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zu Vorbildern einer umfassenden Mitbestimmung und guter Arbeitsbedingungen werden.

Diese grundlegenden demokratischen, antimonopolistischen Reformen, die die Macht des Großkapitals einschränken sollen, dienen nicht nur den Arbeitern und Angestellten. Sie werden auch die Bauern, die Handwerker, die Einzelhändler, die Gewerbetreibenden, kleine und mittlere Unternehmer aus der drückenden Abhängigkeit vom Großkapital befreien. Durch ein demokratisches Bodennutzungsrecht ist aus dem nach Millionen Hektar zählenden Besitz der großen Grundeigentümer, der Konzerne und Banken Boden in Bauernhand zu überführen. So werden diese Volksschichten einen Platz im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft einnehmen können, der ihren Leistungen und dem Interesse der Allgemeinheit entspricht.

Einschneidende demokratische Reformen in der Wirtschaft werden es dem werktätigen Volk auch ermöglichen, seinen Einfluß im Staat geltend zu machen und auszubauen. Das elementare Recht auf Arbeit und Mitbestimmung, das Recht des Volksentscheides und der öffentlichen Diskussion wichtiger Gesetzentwürfe durch das Volk müssen in der Verfassung verankert und der Grundsatz der Volkssouveränität in die Tat umgesetzt werden.

*Die KPD erklärt: Jede Regierung, die bereit ist, eine entschiedene Friedenspolitik zu führen, normale Beziehungen zur DDR aufzunehmen und die sozialen und demokratischen Forderungen des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, kann mit der Unterstützung und Mitarbeit der KPD rechnen.*

Wir Kommunisten unterbreiten diese Vorschläge für eine demokratische Umgestaltung im Wissen darum, daß sie nur durch die gemeinsamen Anstrengungen des werktätigen Volkes und seiner Organisationen, im Ringen der demokratischen Kräfte aus allen Volksschichten gegen den schärfsten Widerstand des Großkapitals und seines Machtapparates verwirklicht werden können. Das arbeitende Volk wird nur soviel Recht, Freiheit und Mitbestimmung besitzen, wie es sich selbst erkämpft.

### *Der Weg zum Sozialismus*

Wir Kommunisten handeln stets nach dem Grundsatz: Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk. Wir sind der Überzeugung, daß die Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erst durch die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, erst im Sozialismus ihre konsequente Verwirklichung findet.

Die Gegner der Kommunisten verleumdten den Sozialismus und die sozialistische Revolution. Sie behaupten, die von Marx und Lenin verkündete Idee der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats sei undemokratisch. Undemokratisch aber ist die Diktatur des Monopolkapitals, die Herrschaft der Millionäre über die Millionenmassen des Volkes. Die Diktatur des Proletariats ist nichts anderes, als die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Intelligenz, den Bauern, dem städtischen Mittelstand, ist die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Sie ist reale Demokratie, die dem Volke alle Möglichkeiten zur Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gibt.

Während die zu Krieg und Faschismus treibende Diktatur des Großkapitals die Existenz aller Volksschichten gefährdet und zerstört, sichert die sozialistische Demokratie dem ganzen Volk, auch dem städtischen Mittelstand, den Bauern, den nichtmonopolistischen Unternehmen ihre Zukunft und die Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus.

Die sozialistische Umwälzung bedeutet die Ablösung der großkapitalistischen Ausbeutergesellschaft durch eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die Freiheit und die Würde des Menschen gesichert sind. Das ist eine grundlegende, eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft. Sie ist nicht möglich ohne die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten, ohne die Überführung des großkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hände des Volkes.

Auf welchem Wege sich die sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik vollziehen wird, ist heute noch nicht vorauszusagen. Alle sozialistischen Länder sind den Weg zum Sozialismus in einer bestimmten geschichtlichen Situation und unter ihren besonderen Bedingungen gegangen. Die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik wird, ausgehend von den allgemeingültigen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, die Wege und Methoden im Kampf um den Sozialismus finden, die unseren gesellschaftlichen und politischen Bedingungen entsprechen. Dabei werden ihr die Erfahrungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltungen in der DDR von großem Nutzen sein.

Wir Komunisten streben den friedlichen und demokratischen Weg der sozialistischen Umgestaltung an. Von unserer Seite wird alles geschehen, um gemeinsam mit dem ganzen arbeitenden Volk diesen für unser Land günstigsten Weg des geschichtlich notwendigen Übergangs

vom Kapitalismus zum Sozialismus zu beschreiten. Wir wissen jedoch, daß das herrschende Großkapital seine Macht und seine Privilegien nicht freiwillig aufgeben wird, daß die Arbeiterklasse in ihm einen grausamen, erfahrenen und hochorganisierten Gegner gegenübersteht, der, wie die Geschichte beweist, vor nichts zurückschreckt, um seine Herrschaft zu erhalten.

Der friedliche Weg der sozialistischen Umwälzung hat ein solches Übergewicht der Kräfte auf Seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, das es der Reaktion unmöglich macht, gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden. Der Erfolg des mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführten Klassen- und Volkskampfes wird von seiner Kraft und Breite, seiner Bewußtheit und Organisiertheit abhängen. Durch die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, die weitere Schwächung des Imperialismus, die Festigung des sozialistischen Weltsystems, besonders durch die Stärkung des sozialistischen Staates auf deutschem Boden werden die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger.

So wie wir Kommunisten im Kampf um Demokratie und um tiefgehende antimonopolistische Reformen die enge Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, aller Kräfte der Arbeiterbewegung anstreben, so auch im Kampf um den Sozialismus. Eine von der Arbeiterbewegung geführte breite außerparlamentarische Volksbewegung wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, eine fortschrittliche, sozialistische Mehrheit im Parlament zu erlangen.

In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht. Die auf ein breites antimonopolistisches Bündnis und auf eine sozialistische Parlamentsmehrheit gestützte Staatsmacht und sozialistische Ordnung werden ihre Errungenschaften entschieden gegen konterrevolutionäre Anschläge der großkapitalistischen Reaktion zu schützen haben. Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können.

Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß die sozialistische Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Die Arbeiterklasse und die Mehrheit des werktätigen Volkes werden sich aus eigenen Einsicht und freiem Entschluß, durch das Wirken

und die Einigung aller sozialistischen Kräfte für den Weg zum Sozialismus entscheiden.

### **III. Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für das demokratische Bündnis der Volkskräfte**

Die Kräfte, die Frieden und demokratischen Fortschritt in unserem Lande verwirklichen können, sind vorhanden. Es sind die Arbeiter und Angestellten, die Wissenschaftler und Techniker, die Lehrer und Künstler, die Bauern und Gewerbetreibenden. Es ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, deren Interessen unvereinbar sind mit dem Profit- und Machtstreben der kleinen großkapitalistischen Minderheit. Wie kann die gewaltige Kraft des Volkes wirksam werden?

Es gibt nur einen Weg: Der Sammlung der Reaktion können die Arbeiter und das ganze Volk wirksam begegnen, wenn sie auf ihrer Seite alle demokratischen und antimonopolistischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln für ihre gemeinsamen Interessen vereinen. So kann eine Linksentwicklung angebahnt, die Macht des Großkapitals eingeschränkt und schließlich überwunden, eine Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Volkes herbeigeführt werden. So kann eine demokratische Alternative durchgesetzt und die Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens umgestaltet werden.

#### *Die Arbeiterklasse – die entscheidende Kraft der Gesellschaft*

Der Erfolg der demokratischen Kräfte hängt in erster Linie vom Handeln der Arbeiterklasse ab. Sie bildet die überwiegende Mehrheit des Volkes. Sie schafft die produktiven Werte und nimmt im Wirtschaftsleben die ausschlaggebende Stellung ein. Sie verfügt über starke Organisationen und über eine große Tradition im Kampf um Frieden und Fortschritt. In dem Maße, wie sich die Arbeiterklasse ihrer Stellung und ihrer Verantwortung in der Gesellschaft bewußt wird, ist sie unüberwindlich, wird sie die Entwicklung in unserem Lande bestimmen.

Wenn die bürgerliche und rechtssozialdemokratische Propaganda behauptet, die Arbeiterklasse im Sinne von Karl Marx existiere nicht mehr, der Arbeiter sei zum Wirtschaftsbürger geworden, so wird sie

durch die Tatsachen widerlegt. Gewiß haben sich mit den Wandlungen in Wissenschaft, Technik und Produktion bedeutende Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse und in ihren Lebensbedingungen vollzogen. Aber nicht verändert hat sich ihre gesellschaftliche Stellung. Die Arbeiter sind Arbeiter geblieben, auch wenn sie einen Fernsehapparat, einen Kühlschrank oder ein Auto besitzen. Sie leben in Existenzunsicherheit, sie haben nach wie vor keinen Anteil am Eigentum über die Produktionsmittel und nicht einmal das gesicherte Recht auf Arbeit. Die Arbeiter und die Techniker, die Angestellten, die kleinen Beamten sind und bleiben in diesem System ausgebeutete. Gleichgültig, ob als Lohn- oder Gehaltsempfänger, schaffen sie den Profit, den sich die Kapitalisten aneignen.

*Die Kapitalisten können ohne Arbeiter nicht auskommen. Aber das arbeitende Volk kann Wirtschaft und Gesellschaft sehr wohl ohne das Großkapital gestalten.*

Diese Grundwahrheit den Arbeiter bewußt zu machen, das ist die gemeinsame Aufgabe der Kommunisten und aller klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterklasse, die demokratischen Volkskräfte brauchen eine starke KPD. Geleitet von den Ideen des Marxismus-Leninismus tritt sie für die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Tagesinteressen des Volkes ein, verbindet sie diese Forderungen mit dem Kampf um die demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik und weist den arbeitenden Menschen das sozialistische Ziel.

#### *Arbeitereinheit – Bedingung des Erfolgs*

Wenn die Arbeiterschaft die Angriffe der Reaktion zurückschlagen, ihre Lage verbessern und ihren Einfluß verstärken will, dann muß sie ihre gemeinsamen Interessen auch gemeinsam verfechten. Dann müssen Kommunisten, Sozialdemokraten und christliche Arbeiter alles Trennende beiseite stellen und ihre Beziehungen zueinander neu gestalten.

In vielen sozialen und ökonomischen Kämpfen, in Aktionen der Gewerkschaften ist das gemeinsame Handeln aller Kräfte und Strömungen der Arbeiterklasse bereits Wirklichkeit und Quelle des Erfolgs.

*Diese Einheit jetzt auch auf das gemeinsame politische Vorgehen gegen Neonazismus und Reaktion, für Frieden und Abrüstung, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte auszudehnen, ist das Gebot der Zeit.*

---

Im Interesse der geeinten Aktion der Arbeiterklasse für ihre sozialen und politischen Rechte werden wir Kommunisten stets das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Ideologische Meinungsverschiedenheiten dürfen die Arbeiter nicht daran hindern, gemeinsam zu kämpfen. Wir Kommunisten sehen auch in den Arbeitern, die noch Vorbehalte gegen den Sozialismus haben, unsere Klassenbrüder und Kampfgefährten. Wir sind für eine offene, klärende Diskussion in der gesamten Arbeiterbewegung über die politischen und gesellschaftlichen Grundfragen unserer Zeit, über Wege und Formen des Kampfes für den demokratischen Fortschritt, über den Weg zum Sozialismus.

Die Arbeitereinheit liegt im Interesse nicht allein der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes. Sie wird zum Kern einer Sammlung aller Linkskräfte, zum Anziehungspunkt eines breiten demokratischen Bündnisses werden.

#### *Die Verantwortung der Sozialdemokraten*

Die Einigung der Arbeiterschaft, ihr Einfluß und ihr erfolgreiches Handeln hängen entscheidend von den in der SPD organisierten Werktätigen ab.

Die Entwicklung seit 1945 hat erneut gezeigt, daß in der SPD zwei unterschiedliche Tendenzen wirksam sind, in denen gegensätzliche Klasseninteressen zum Ausdruck kommen.

Auf der einen Seite steht die Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD, die in ihrer Partei eine Interessenvertreterin der arbeitenden Menschen sehen, die für soziale Gerechtigkeit und demokratischen Fortschritt eintreten. Es sind jene Sozialdemokraten, die als Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, in den Gemeinden und Städten bemüht sind, die sozialen und kulturellen Belange der arbeitenden Menschen zu vertreten, die demokratischen Rechte gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen. Mit ihnen fühlen wir Kommunisten uns immer eng verbunden. Leider waren diese Kräfte in der Sozialdemokratie, trotz der bitteren Erfahrungen aus Faschismus und Krieg, auch nach 1945 nicht stark genug, die SPD auf einen neuen Weg zu führen.

Bestimmt wurde und wird der Kurs der SPD von jenen rechten Führern, die die Zusammenarbeit mit dem Großkapital zum obersten Grundsatz ihrer Politik gemacht haben. Durch ihre Zustimmung zu den Wehregänzungen des Grundgesetzes ebneten sie den Weg zur Wieder-

aufrüstung. Mit dem Godesberger Programm von 1959 gaben sie auch die letzten Grundsätze und Traditionen der Arbeiterbewegung preis. Im Juni 1960 schwenkten sie vollends auf den NATO- und Rüstungskurs der CDU/CSU-Führung ein.<sup>4</sup>

Diese rechten SPD-Führer haben sich in das herrschende staatsmonopolistische System eingegliedert. Sie sehen ihre Aufgabe darin, dieses arbeiterfeindliche System zu stärken und das gemeinsame Handeln des arbeitenden Volkes gegen Notstandsdictatur, Rüstungspolitik und Monopolkapital zu verhindern. Durch ihren Eintritt in die Regierung der Großen Koalition haben sie sich mit den reaktionärsten Kräften verbündet und die CDU/CSU aus der akuten Krise gerettet. Sie übernahmen eine aktive Rolle in einer Politik, deren Kern der aussichtslose Versuch ist, die großkapitalistische Herrschaft auf ganz Deutschland auszudehnen.

Die rechten Führer mißbrauchen das Vertrauen der Wähler der SPD und führen die eigene Partei in eine Krise. Sie vertreten nicht die Interessen der Arbeiter und der anderen werktätigen Volksschichten, sondern handeln im Interesse des Großkapitals.

*Die Mitglieder und Funktionäre der SPD tragen eine große Verantwortung dafür, daß nicht noch einmal jener Weg beschritten wird, der 1918 zur Niederlage der Novemberrevolution, 1933 zum Faschismus und schließlich zum Krieg führte.*

Um eine Wiederholung jener unheilvollen Entwicklung auszuschließen, müssen sie den reaktionären Positionen der rechten Führer entgetreten und sowohl innerhalb ihrer eigenen Partei wie im Zusammenwirken mit den anderen sozialistischen und demokratischen Kräften für eine selbständige Politik im Interesse der Arbeiter und des ganzen Volkes eintreten.

Für die Stärkung der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung und besonders in den Reihen der Sozialdemokratie gewinnt die Tätigkeit linkssozialistischer Gruppierungen zunehmend an Bedeutung. Wir Kommunisten erstreben eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den linkssozialistischen Gruppierungen im Interesse der Einigung aller Kräfte der Arbeiterbewegung.

Angesichts der wachsenden Gefahr des Neonazismus, um ein neues 1933 zu verhindern, ist das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten, ist das gemeinsame Handeln der Arbeiterschaft notwendig.

---

*Wir sind der Meinung, daß sich alle Sozialisten – Kommunisten, Linksozialisten, die sozialistischen Kräfte in der SPD – zum gemeinsamen Handeln vereinen müssen als notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterschaft und aller Demokraten.*

### *Die Verantwortung der Gewerkschaften*

Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind die größte demokratische Organisation der Arbeiter und Angestellten. Die Einheitsgewerkschaft, die nicht nur ihre sechs Millionen Mitglieder, sondern auch die Interessen der Millionen nichtorganisierten Arbeiter und Angestellten vertritt, ist eine bedeutende Errungenschaft des arbeitenden Volkes. Was die Werktätigen in den vergangenen Jahren auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erreichen konnten, verdanken sie vor allem der Stärke und Kampfkraft ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Wir Kommunisten wirken an der demokratischen Willensbildung auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Statuten konstruktiv mit. Es ist die Pflicht eines jeden Kommunisten, die Gewerkschaften gegen alle Angriffe der Reaktion zu verteidigen, unter den nichtorganisierten Arbeitern und Angestellten neue Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben und sich für die Erhöhung ihres Einflusses einzusetzen.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus stehen die Gewerkschaften vor vielen neuen Problemen und Aufgaben. Der immer stärkere Einfluß staatlicher Entscheidungen auf das Wirtschaftsleben, die tiefgreifenden Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Umwälzung auf die Lage und die Arbeitsbedingungen von Millionen Arbeitern und Angestellten stellen die Gewerkschaften vor die Notwendigkeit, der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Großkapitals eine eigene Alternative entgegenzusetzen. Die Gewerkschaften werden ihre Sache um so erfolgreicher führen, je kraftvoller sie die sozialen und politischen Interessen der arbeitenden Menschen in allen Bereichen des Lebens vertreten.

Das Großkapital, die CDU/CSU und auch die rechten Führer der SPD verstärken ihre Bemühungen, die Gewerkschaften zu einem „Ordnungsfaktor“ im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus herabzuwürdigen. Leider gibt es auch rechte Führer in den Gewerkschaften, die diesen Bestrebungen Vorschub leisten. Da die Politik der Füh-

rungsspitze der SPD ebenso wie die CDU/CSU in krassem Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Interessen und Forderungen steht, gilt es, gegen alle Versuche der Gleichschaltung die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit der Gewerkschaften zu verteidigen.

Die Gewerkschaften können einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen den Arbeitern und ihren Organisationen in beiden deutschen Staaten leisten und so auch zur Normalisierung der staatlichen Beziehungen und zur Sicherung des Friedens beitragen. Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der beiden deutschen Staaten auf der Basis der gemeinsamen Klasseninteressen sind eine zwingende Notwendigkeit.

Dem gegen die Arbeiter gerichteten Zusammenschluß der westeuropäischen Konzerne in der EWG sollte die Gewerkschaftsbewegung dieser Länder das solidarische Handeln der Arbeiter entgegensetzen. Wir unterstützen die Initiativen zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit aller Gewerkschaftsverbände, des IBFG, des WGB und der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern, und setzen uns dafür ein, daß die Kontakte mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder ausgebaut werden.

### *Arbeiter und Geistesschaffende*

In einem industriell so hochentwickelten Land wie der Bundesrepublik und unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution werden die Geistesschaffenden, die Wissenschaftler und Techniker, die Lehrer und Ärzte, die Schriftsteller und Künstler zu einer immer stärkeren gesellschaftlichen Kraft. Sie für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts zu gewinnen, ist eine erstrangige Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Viele Geistesschaffende, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv mitgestalten, fragen sich nach dem gesellschaftlichen Sinn ihrer Tätigkeit. Es wird für sie zu einer Sache des Gewissens, ob die Ergebnisse von Forschung und Technik für Zwecke der Zerstörung und für den Profit einiger weniger mißbraucht werden, oder ob sie dem Wohl der Menschen dienen.

Arbeiter wie Geistesschaffende sind in unserem Lande Objekt eines Systems, das den Profit über den Menschen stellt. Es ist eine wichtige Aufgabe der organisierten Arbeiterbewegung, sich der Belange der

Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, aller Geistesschaffenden anzunehmen und sie für das gemeinsame Handeln an der Seite der Arbeiter und Angestellten zu gewinnen.

Vertreter der Intelligenz und der studentischen Jugend nehmen bereits hervorragenden Anteil an den demokratischen Bewegungen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung fortschrittlicher Ideen. Die Geistesschaffenden selbst werden ihrer Sache am besten dienen, wenn sie sich nicht als eine Elite fühlen, die mit der Isoliertheit zugleich ihre Machtlosigkeit in Kauf nimmt, sondern wenn sie den Weg zur Arbeiterklasse finden und gemeinsam mit ihr für eine fortschrittliche Entwicklung eintreten.

### *Arbeiter, Bauern und städtische Mittelschichten*

Auf dem Lande haben sich in den letzten Jahren einschneidende strukturelle Veränderungen vollzogen. Hunderttausende Bauern mußten ihre Wirtschaften aufgeben und sind zu Industriearbeitern geworden. Aber nach wie vor sind die Bauern eine bedeutende produktive Kraft in unserem Wirtschaftsleben.

Arbeiter und Bauern haben im Industrie- und Bankkapital ihren gemeinsamen Gegner. Sie haben gemeinsame soziale und demokratische Interessen. Die Arbeiterbewegung muß den Bauern helfen, sich von reaktionären Einflüssen freizumachen und dem Druck des Großkapitals zu widerstehen. Die Bauernschaft wird ihre Forderungen erfolgreich vertreten, wenn sie ihre Vereinigungen als Kampforganisationen versteht, den Einfluß der großbürgerlichen Parteien und nationalistischer Kräfte überwindet, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung verbindet.

Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe darin, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihre Solidarität mit den Bauern und den städtischen Mittelschichten eine notwendige Bedingung für die Stärkung der demokratischen Bewegung ist. Wir wenden uns an die Bauern und den städtischen Mittelstand, sich niemals wieder von den Noenazis und anderen Reaktionären gegen die Arbeiter und Angestellten mißbrauchen zu lassen, wie das zum Schaden des ganzen deutschen Volkes wiederholt geschah.

Die Arbeiterbewegung muß sich der Interessen von Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten annehmen, die einen schweren Existenz-

kampf gegen die Übermacht der Konzerne führen. An der Seite der Arbeiter können die städtischen Mittelschichten ihre sozialen Belange erfolgreich vertreten und sich durch genossenschaftliches Zusammenwirken sichere Grundlagen für ihre Existenz schaffen.

Der Kurs der Monopolherren und Militaristen ist der Untergang auch für die kleinen und mittleren Unternehmer. Der Weg einer demokratischen Umgestaltung der Bundesrepublik dagegen bietet auch ihnen die Chance, als gleichberechtigte Partner am gesellschaftlichen Fortschritt und an der Gestaltung einer gesicherten Zukunft mitzuwirken.

### *Kommunisten und Christen*

Wir Kommunisten fühlen uns eng verbunden mit den christlichen Werktätigen, die für den Frieden eintreten und sich gegen die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems wenden.

Die KPD hat stets die religiösen Überzeugungen der Gläubigen und ihr Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit unterschieden von den reaktionären Zielen führender Kreise des Klerus, die traditionell mit dem Großbürgertum verbunden sind und den christlichen Glauben für machtpolitische Zwecke mißbrauchen.

Neue Erkenntnisse in Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche sind Ausdruck der großen gesellschaftlichen Wandlungen unserer Zeit. In den päpstlichen Enzykliken über den Frieden auf Erden und den Fortschritt der Völker, in Verlautbarungen evangelischer Kreise sind neue Tendenzen sichtbar, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sind und in denen eine kritische Haltung zu den Mißständen der kapitalistischen Welt zum Ausdruck kommt. Die Stellung vieler Christen zur Arbeiterbewegung und zu den progressiven Strömungen verändert sich. Religiöse Anschauungen sind heute für manche Menschen ein Beweggrund, am Ringen um eine bessere menschliche Ordnung teilzunehmen.

Der Gegensatz unserer wissenschaftlichen Weltanschauung zum religiösen Glauben sollte kein Hindernis für die breite Entwicklung des Dialogs zwischen Marxisten und Christen sein, der sich nicht in theoretischen Diskussionen erschöpfen darf. Wir sehen in diesem Dialog eine Möglichkeit, zu einer weitgehenden Übereinstimmung im gemeinsamen Wirken für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu gelangen.

### *Die Arbeiterbewegung und die junge Generation*

Die Arbeiterbewegung trägt eine große Verantwortung dafür, daß die junge Generation ihren Platz in den fortschrittlichen Bewegungen unserer Zeit einnimmt. Sie darf nicht zulassen, daß die Jugend in der Schule und besonders in der Bundeswehr wieder im nationalistischen Geist vergiftet und für kriegerische Abenteuer erzogen wird.

Die progressiven Kräfte der Jugend wenden sich gegen die reaktiönäre Entwicklung. Sie haben einen hervorragenden Anteil an den Bewegungen gegen die Notstandsgesetze, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten; für Frieden und Abrüstung; gegen imperialistische Aggressionen, für die Solidarität mit den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern; für eine grundlegende Reform von Schule, Hochschule und Berufsausbildung.

Voller Sorge betrachten die herrschenden Kreise die wachsende Unzufriedenheit und die Gärung unter der Jugend unseres Landes. Sie suchen diese Strömungen als Ausdruck jugendlicher Unreife abzutun oder ihnen mit Polizeiwillkür zu begegnen.

Wir Kommunisten verstehen die Jugend und sind an ihrer Seite. Ihre gesunde Unruhe, ihr Aufbegehren zeugen davon, daß beachtliche Kräfte der arbeitenden und studierenden Jugend sich nicht abfinden wollen mit dem Widerspruch zwischen ihren Vorstellungen von einer menschenwürdigen Gesellschaft und der von Profit- und Machtinteressen beherrschten kapitalistischen Wirklichkeit. Diese Jugend strebt nach menschlichen Idealen, für die es sich lohnt zu leben und zu arbeiten. Sie ringt um die Wege zur Verwirklichung ihrer Ideale.

Diese jungen Menschen, die sich durch ihr kritisches Denken und durch ihre Tatkraft auszeichnen, verdienen unser Vertrauen. Im Geiste Karl Liebknechts, des Begründers der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung, sollte jeder Kommunist seine Ehrenpflicht darin sehen, der jungen Generation zu helfen, sich die Lehre von Marx, Engels und Lenin zu eigen zu machen, als den zuverlässigen Kompaß im Kampf um eine bessere Welt.

### *Die Frauen im demokratischen Kampf*

Der Erfolg im Kampf für Frieden und Demokratie, gegen Neonazismus und Reaktion hängt nicht zuletzt von der Teilnahme der Frauen,

der Mehrheit der Bevölkerung, ab. Die Frauen nehmen heute einen immer bedeutenderen Platz im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ein. Die arbeitende Frau ist besonders brutalen, menschenunwürdigen Ausbeutungsmethoden unterworfen. Noch wird den Frauen in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben die in der Verfassung verkündete Gleichberechtigung vorenthalten.

Immer mehr Frauen brechen mit dem Vorurteil, daß der gewerkschaftliche und politische Kampf eine Angelegenheit der Männer sei. Sie nehmen aktiven Anteil an gewerkschaftlichen Aktionen, am Protest gegen den USA-Krieg in Vietnam, am Kampf für Demokratie und gegen die in den Notstandsgesetzen vorgesehene Zwangsverpflichtung der Frauen.

Getreu ihrer Tradition und den Ideen August Bebels und Clara Zetkins muß die Arbeiterbewegung als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen wirken. Ihr obliegt es, den berufstätigen Frauen zu helfen, den Weg in die Gewerkschaften zu finden und die Frauen für die demokratische und Friedensbewegung zu gewinnen.

#### *Das demokratische Bündnis aller Volkskräfte*

Die im Kampf gegen die Notstandsgesetze entstandene Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Intelligenz und Jugendorganisationen bildet heute den Kern der demokratischen Bewegung. In der Bewegung gegen die Atombewaffnung, für Abrüstung haben sich Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Bekenntnisse zum gemeinsamen Handeln für den Frieden zusammengefunden. Diese Bewegungen haben die großen Möglichkeiten eines breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte sichtbar gemacht. Sie haben neue Formen des demokratischen Protestes und neue Organe des demokratischen Kampfes hervorgebracht, für deren Stärkung und Weiterentwicklung sich alle in diesen Bewegungen wirkenden Kräfte einsetzen sollten.

Zur Abwehr der Notstandsdictatur, der sozialen Reaktion und der wachsenden neonazistischen Gefahr, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für eine entschiedene Friedenspolitik und normale Beziehungen zur DDR, für eine demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik bedarf es der weiteren *Verstärkung des Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte* und ihrer Aktionen, die sich in den vielfältigsten Formen äußern können.

Der Erfolg der Volkskräfte hängt in hohem Maße davon ab, wie sich Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, die demokratischen Kräfte aus allen Schichten des Volkes auf ein gemeinsames demokratisches Aktionsprogramm einigen. Dafür hat sich in den demokratischen Bewegungen bereits Übereinstimmung in vielen Forderungen ergeben.

Wir Kommunisten erörtern sorgfältig die Gedanken, Vorschläge und Anregungen aller Demokraten, um uns auf das zu einigen, was die Gesamtbewegung fördert. Wir kennen kein geringschätziges Verhalten zu den anderen Richtungen der demokratischen Bewegung. Wir respektieren ihre Selbständigkeit. Wir wollen für die gemeinsame Sache unser Bestes geben und so mit allen Partnern wetteifern. Die Gemeinsamkeit des Handelns erfordert den offenen Meinungs austausch, die gegenseitige Toleranz und Verständigungsbereitschaft.

Der Erfolg der Volkskräfte hängt vor allem von der Stärke der außerparlamentarischen Aktionen ab. In dem Maße, wie die außerparlamentarische Opposition an Kraft und Breite gewinnt, wie sie ihren Einfluß im Volke verstärkt, wird sie auch auf die Parlamente einwirken. Die Arbeiterschaft, ihre Gewerkschaften, alle demokratischen Kräfte müssen eine Vertretung der Volksinteressen im Bundestag erringen. Die außerparlamentarische demokratische Aktion und eine fortschrittliche Parlamentsvertretung werden auch Abgeordnete der SPD ermuntern, die demokratischen Forderungen des Volkes im Parlament zu vertreten.

*Aus dem gemeinsamen Handeln der Arbeiterklasse, aus dem Bündnis der Linken und aller Demokraten wird die Kraft hervorgehen, die die reaktionäre und neonazistische Entwicklung aufhält, die auch in der Bundesrepublik dem Frieden, der Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt Bahn bricht.*

#### **IV. Der Weg zur Lösung der nationalen Frage**

In unserer ganzen Geschichte, seit dem Kommunistischen Manifest vor 120 Jahren, seit dem Wirken von Marx und Engels haben wir Kommunisten immer für die Interessen der deutschen Nation, für ihre Einheit als friedlicher und demokratischer Staat gekämpft.

Die großkapitalistischen Kreise der Bundesrepublik, die CDU/CSU und die rechten Führer der SPD, die für die Spaltung Deutschlands verantwortlich sind, reden viel von deutscher Einheit. Sie behaupten, alle

Probleme des deutschen Volkes und Europas wären gelöst, wenn die staatliche Einheit Deutschlands wieder zustande käme.

Vor 1914 bestand ein einheitliches kaiserliches Deutschland unter der Führung des Großkapitals, der Junker und Militaristen. Sie stürzten das deutsche Volk in das Elend des ersten Weltkrieges. Am Ende war Deutschland ärmer und kleiner als zuvor.

Nach 1918 hatten wir ein einheitliches republikanisches Deutschland. Beherrscht wurde es wieder vom Großkapital, von den Junkern und Generalen, wenn auch rechte sozialdemokratische Führer an Reichs- und Länderregierungen beteiligt waren. Am Ende stand die faschistische Diktatur.

Nach 1933 gab es das einheitliche faschistische Dritte Reich, unter der Führung der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Großkapitals, der Junker und Militaristen. An Ende stand der zweite Weltkrieg, die tiefste Katastrophe des deutschen Volkes.

Alle geschichtlichen Erfahrungen beweisen: die Einheit Deutschlands unter Führung der Reaktion hat kein Problem des deutschen Volkes gelöst.

*Durch ihre verbrecherische Kriegs- und Eroberungspolitik hat die imperialistische Großbourgeoisie für immer den Anspruch auf die Führung der deutschen Nation verwirkt. Ihre Herrschaft über die Nation zu beenden, das ist seit mehr als einem halben Jahrhundert der soziale Kern der nationalen Frage des deutschen Volkes.*

Heute bestehen zwei Staaten deutscher Nation, und offensichtlich für eine längere Zeit. Sie können und müssen normale, gleichberechtigte staatliche Beziehungen zueinander herstellen, um zu einem friedlichen Neben- und Miteinander zu gelangen. Wie aber soll es zu ihrer Vereinigung kommen?

Die beiden deutschen Staaten, die sich in entgegengesetzter Richtung entwickelt haben und grundverschiedene Gesellschafts- und Staatsordnungen aufweisen, lassen sich nicht einfach zusammenlegen. Herrschaft des Großkapitals und Herrschaft des arbeitenden Volkes, Kapitalismus und Sozialismus sind nicht in einem Staatswesen zu vereinen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur das Ergebnis eines längeren historischen Prozesses, tiefgehender demokratischer und gesellschaftlicher Umgestaltungen in der Bundesrepublik sein.

Die nationale Einheit muß unter bestimmten gesellschaftlichen und politischen Vorzeichen stehen. Immer wird die Frage lauten: Wie soll das

geeinte Deutschland aussehen? Die KPD antwortet darauf: Das darf nur ein Deutschland des Friedens sein; eine deutsche Demokratie, in der nicht das Konzernkapital, sondern das arbeitende Volk bestimmt; ein Deutschland, in dem die Macht des Großkapitals und der Rüstungsinteressenten über Wirtschaft und Staat für immer beseitigt ist; ein Deutschland, in dem Nazismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet sind.

Dazu müssen die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und Geistes-schaffenden, das ganze arbeitende Volk in der Bundesrepublik jene demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen erkämpfen, die ein geeintes Deutschland möglich machen.

*Nur mit der Entmachtung des Monopolkapitals in der Bundesrepublik kann das Hindernis beseitigt werden, das der staatlichen Einheit des deutschen Volkes auf friedlichen und demokratischen Grundlagen im Wege steht.*

Wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten den entscheidenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik erlangt haben wird, dann wird der Weg zur Vereinigung frei sein. Das geeinte Deutschland des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts wird das Werk der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes der beiden deutschen Staaten sein. Was der deutsche Imperialismus gespalten hat, wird die deutsche Arbeiterklasse einen. Das künftige geeinte Deutschland, das wir Kommunisten im Interesse des arbeitenden Volkes erstreben, wird sozialistisch sein.

## **V. Die KPD und die internationale kommunistische Bewegung**

Die KPD ist die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Seit mehr als zehn Jahren zum Schaden der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes verboten, setzt sie in der Bundesrepublik die großen Kampftraditionen der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns fort. Im Widerstand gegen Nazidiktatur und Hitlerkrieg erwies sie sich als die zuverlässigste antifaschistische und nationale Kraft. Auch heute läßt sie sich ausschließlich von den sozialen, demokratischen und nationalen Interessen unseres Volkes leiten.

Das innerparteiliche Leben der KPD ist nach demokratischen Prinzipien gestaltet. Es gewährt der Diskussion aller Mitglieder und ihrem Einfluß auf die Erarbeitung und Verwirklichung der Politik der Partei den größten Raum. Die KPD überprüft ihre Politik stets unter den sich verändernden Bedingungen des Kampfes und ermuntert ihre Mitglieder zur kritischen und selbstkritischen Beurteilung der Tätigkeit aller Körperschaften der Partei. Sie öffnet den Angehörigen aller arbeitenden Volksschichten ihre Reihen. Unsere Weltanschauung bildet kein Hindernis für religiös denkende Menschen, die unsere Grundsätze und Ziele bejahen, Mitglied der KPD zu werden.

Die KPD ist in enger Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verbunden. Diese Kampfgemeinschaft beruht auf der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Weltanschauung, den gemeinsamen Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und der Gemeinsamkeit des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Die KPD ist ein Teil der internationalen kommunistischen Bewegung, der stärksten und einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit. Feste Bande der Solidarität und der Freundschaft verbinden die KPD mit mehr als 80 kommunistischen und Arbeiterparteien aller Kontinente, mit allen antiimperialistischen und fortschrittlichen Bewegungen. Durch unsere Partei ist die Arbeiterklasse der Bundesrepublik mit der Arbeiterbewegung der ganzen Welt verbunden.

Unter den revolutionären Kräften in der Welt bilden die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, das sozialistische Weltsystem die Hauptkraft. Wie Lenin voraussah, üben sie den größten Einfluß auf die Weltentwicklung durch ihren wirtschaftlichen Aufbau aus. Mit dem erfolgreichen Voranschreiten zum Sozialismus und Kommunismus, durch das Beispiel ihrer wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Leistung, durch ihre starke Stellung in der Weltpolitik und ihre Verteidigungskraft, durch ihre allseitige solidarische Hilfe fördern sie die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, stärken sie den antiimperialistischen Befreiungskampf der jungen Nationen.

Die um ihre Befreiung von imperialistischer und kolonialer Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit kämpfenden Völker spielen in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion eine immer bedeutendere Rolle. Ihre Erfolge

werden um so größer sein, je mehr es ihnen gelingt, sich von den wirtschaftlichen und finanziellen Ketten des Neokolonialismus zu befreien, einen nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung einzuschlagen, eng mit den sozialistischen Ländern und der internationalen Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten.

Wir Kommunisten in der Bundesrepublik sind brüderlich verbunden mit den kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern, mit allen fortschrittlichen Kräften, die wie wir gegen die Macht der Monopole, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen. Sie leisten einen revolutionären Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus und Neokolonialismus, für das enge Bündnis der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern mit den Ländern des Sozialismus und mit den Völkern der jungen Nationalstaaten.

Die Stärke der internationalen kommunistischen Bewegung beruht auf der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus, auf der Einheit und Geschlossenheit ihres Handelns. Die KPD ist stets bestrebt, zu dieser Einheit und Geschlossenheit ihren Beitrag zu leisten. Sie läßt sich dabei vom Geist des proletarischen Internationalismus und von den Erklärungen der internationalen Beratungen von 1957 und 1960 leiten.

Die gemeinsame antiimperialistische Front wird heute von den Kräften geschwächt, die nicht bereit sind, den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren gemeinsam zu führen und die mit ihrem antisowjetischen und antileninistischen Kurs Spaltung in die Arbeiterbewegung tragen. Durch ihre abenteuerliche und nationalistische Politik diskreditieren sie die sozialistische Sache.

Die KPD setzt sich für eine schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die gegenwärtigen Probleme der Arbeiterbewegung ein. Im Interesse der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, einer prinzipienfesten und beweglichen Politik der Arbeiterklasse wendet sich die KPD in ihrer gesamten Tätigkeit gegen Rechtsopportunismus und Sektierertum, gegen Revisionismus und Dogmatismus.

Im Streben nach Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und aller antiimperialistischen Kräfte in der Welt geht die KPD davon aus, daß eine erfolgreiche Strategie der Arbeiterbewegung die Anerkennung allgemeingültiger Grundsätze wie auch die Berücksichtigung der besonderen geschichtlichen und nationalen Entwicklung in jedem einzelnen Land erfordert. Jede Partei muß in ihrem Land auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der verallgemeinerten Erfahrungen

der internationalen Arbeiterbewegung, entsprechend ihren Bedingungen selbst die besten Wege des Kampfes um Demokratie und Sozialismus finden. Die KPD wendet sich gegen Tendenzen der nationalen Absonderung, die der gemeinsamen Sache nur schaden können. Unsere Partei legt großen Wert auf den kameradschaftlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Sie sieht den geeigneten Weg dafür in zwei- und mehrseitigen Treffen und in internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Wir Kommunisten vertreten auch international die friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse unseres Landes und nutzen unsere internationalen Beziehungen zum Wohle des werktätigen Volkes der Bundesrepublik. Wir sind immer bestrebt, in der Arbeiterschaft und in der friedliebenden Bevölkerung unseres Landes den Geist der aktiven internationalen Solidarität zu entwickeln und zu stärken.

*Die KPD unterbreitet dieses Programm der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Diskussion. Wir wollen mit allen, besonders mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern darüber Meinungen austauschen. Wir sind bereit, auf Einwände und neue Vorschläge zu hören.*

*Die KPD wendet sich an die Arbeiterklasse*

*Sie darf nicht länger Objekt der Politik der Herrschenden bleiben. Sie muß ihre eigene Kraft erkennen und gebrauchen, ihre Geschicke selbst gestalten. Der Friede, die Demokratie, die soziale Befreiung können nur ihr eigenes Werk sein.*

*Die KPD wendet sich an die Jugend*

*Die junge Generation soll nicht die bitteren Erfahrungen der Väter, die Tragödie der Vergangenheit erleiden. An der Jugend vor allem ist es, die Zukunft zu meistern. Sie muß mit der Zeit, mit dem Sozialismus gehen.*

*Die KPD wendet sich an das Volk*

*Wir alle tragen eine große Verantwortung dafür, daß unser Land*

---

*nicht noch einmal Ausgangspunkt eines Krieges wird. Können und Talent unserer Bürger sollen dem Glück des eigenen Volkes, dem Frieden und dem Fortschritt in der Welt dienen.*

1 Quelle: Initiativ Ausschuß für die Wiedenzulassung der KPD (Hrsg.), Entwurf. Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankfurt (1968)

2 Siehe Dokument 36

3 Vor allem im Ergebnis der Wirtschaftskrise von 1966/67 erlebte die neonazistische NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre einen deutlichen Aufschwung. Sie gelangte in mehrere Landtage und scheiterte bei den Bundestagswahlen nur relativ knapp an der 5-Prozent-Hürde.

4 Siehe Dokument 30